



II-6485 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTER

für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz
DR. MICHAEL AUSSERWINKLER

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2
Telefon: 0222/711 58
Teletex: 322 15 64 BMGSK
DVR: 0649856

GZ 114.140/60-I/D/14/a/92

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

-7. JULI 1992

Parlament
1017 Wien

2871 IAB
1992 -07- 07
zu 2921 N

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Walter Guggenberger, Helmuth Stocker und Genossen haben am 12. Mai 1992 unter der Nr. 2921/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend finanzielle Absicherung der Rettungsorganisationen gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Mit welchen in der Entschlieung genannten Stellen wurden bisher Gespräche geführt?
2. Welche Ergebnisse konnten dabei erzielt werden?
3. Bis wann ist mit einem abschließenden Verhandlungsergebnis zu rechnen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Aus Anlaß der in der Präambel der Anfrage genannten Entschlieung hat mein Amtsvorgänger am 21. Jänner 1992 ein Gespräch mit Vertretern des sterreichischen Roten Kreuzes geführt, in dem diese auf die besondere Dringlichkeit der Finanzierungsfragen hingewiesen haben.

- 2 -

In der Folge bin ich mit dem Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform übereingekommen, daß die sich aus der Entschlieung ergebende Koordinierungsfunktion seitens meines Ressorts wahrgenommen werden soll.

In einer ersten Gesprächsrunde am 27. April 1992 wurde unter dem gemeinsamen Vorsitz der in der Entschlieung genannten Bundesminister mit Vertretern des sterreichischen Stdtetbundes, des sterreichischen Gemeindebundes, des Hauptverbandes der sterreichischen Sozialversicherungsträger, des Bundesministers für Arbeit und Soziales sowie der Verbindungsstelle der Bundesländer Einvernehmen über die Einsetzung einer Arbeitsgruppe erzielt.

Die konstituierende Sitzung dieser Arbeitsgruppe, an der unter Vorsitzfhrung meines Ressorts Vertreter des sterreichischen Gemeindebundes, des sterreichischen Stdtetbundes, des Hauptverbandes der sterreichischen Sozialversicherungsträger, der Verbindungsstelle der Bundesländer, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst teilgenommen haben, fand am 15. Juni 1992 statt.

Zu Frage 2:

Ziel der erwähnten Arbeitsgruppe ist es, rechtliche und fachliche Grundlagen zur Umsetzung der Entschlieung zu erarbeiten.

Bei der Besprechung am 15. Juni 1992 wurde zunächst eine möglichst einheitliche Definierung der auf diesem Gebiet relevanten Begriffe, wie Krankenfrderungsdienst, Rettungsdienst und Notarztdienst, versucht, um eine Klärung der oftmals unterschiedlich verwendeten Begriffsinhalte herbeizuführen.

- 3 -

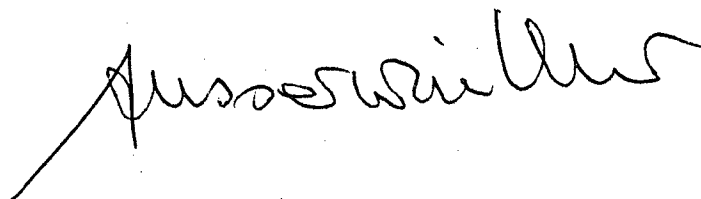
Weiters wurde in Zusammenhang mit diesen Begriffsklärungen versucht, die Aufgabenbereiche auch kompetenzrechtlich zuzuordnen, wobei offene Fragen in einem Gutachten des Verfassungsdienstes einer genaueren Prüfung unterzogen werden sollen.

Insbesondere im Hinblick auf die in der EntschlieÙung angesprochene wirtschaftliche Gebarung der anerkannten Rettungsorganisationen wurde ein Fragenkatalog ausgearbeitet, der im Laufe des Sommers den anerkannten Rettungsorganisationen zur Beantwortung übermittelt wird.

Nach Einlangen dieser Stellungnahmen ist eine weitere Sitzung der Arbeitsgruppe für Herbst dieses Jahres in Aussicht genommen.

Zu Frage 3:

Die Frage nach einem Zeitpunkt für ein abschließendes Verhandlungsergebnis kann derzeit noch nicht konkret beantwortet werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. S. W. Müller', is written across the lower half of the page.